

Beseitigung der Masche mit der unfairen Rente-Leistung-Berechnung

Standpunkt von Johannes Kaiser, Landtagsabgeordneter

Im Rahmen der Landtagsdebatte über die Volksinitiative der DpL zur Befreiung von der Kostenbeteiligung (Franchise) für Versicherte, die das ordentliche Rentenalter erreicht haben, kamen wiederkehrende Argumente – Pro und Kontra – zur Sprache.

Um es gleich vorwegzunehmen: Die Sicht des Landtags ist mit jener der Unterzeichner der Volksinitiative nicht identisch, im Hohen Haus stimmten der Initiative für die Franchisen Befreiung nur sechs Abgeordnete zu, während auf der Strasse rund 3000 Menschen dieses Begehren unterzeichnet hatten. So hat nun das Volk das letzte Wort.

Ausgangspunkt ist der Rentenstillstand seit 2011

Das Grundübel liegt in der Tatsache, dass die Renten seit elf Jahren aufs Eis

gelegt wurden und es seither keine Anpassung mehr gegeben hat, obwohl die Lebenshaltungskosten der Rentnerinnen und Rentner ungleich höher geworden sind. Als die Staatshaushaltsanierung verschiedene einschneidende Massnahmen erforderte, leistete auch die ältere Generation ihren Anteil. Ein einschneidender Finanzgriff ins Rentner-Portemonnaie war die Auflösung des Mischindex (Berücksichtigung der Lohn- und Preisindexentwicklung). In der Schweiz führte dieses faire Renten-Berechnungssystem in den letzten zehn Jahren zu vier Rentenanpassungen.

Die Lohnentwicklungskomponente wurde in Liechtenstein ausgehebelt im Wissen, dass dies eine langjährige Stagnation zur Folge hat. Die Folge ist auch, dass die Rente immer stärker ausgedünnt wird, immer weniger Kaufkraft hat und für die Rentner letztlich immer weniger Geld für die Lebensunterhaltskosten zur Verfügung steht. Der Preisindex bildet den viel kostenintensiveren Warenkorb der Senioren in keiner Weise ab: KK-Prämien, Gesundheitskosten, Brillen, Hörgeräte, Therapien, und dann kommen Mieten, Energiekosten und vieles mehr dazu. Dies hat die DpL bewogen, die Problemlösung mittels der Franchisen-Abschaffung zu erzielen.

Das Grundübel an der Wurzel packen

Man kann nun dafür oder dagegen sein, das Volk hat an der Urne das letzte Wort. Doch das Problem – das



Johannes Kaiser (Landtagsabgeordneter der FBP). (Foto: Michael Zanghellini)

Grundübel – an der Wurzel zu packen, liegt in der Wiedereinführung des Mischindex, damit für die Menschen ab dem Rentenalter die Rente eine wirkliche Werterhaltung erfährt – und sich nicht in einer Abwärtsspirale bewegt. Das hat mit Respekt und Wertschätzung gegenüber unserer älteren Generation zu tun, die unseren Wohlstand – auch für die jungen und mittelständischen Generationen – aufgebaut haben. Das hat auch mit Fairness und Achtung zu tun, nachdem

der Staatshaushalt nicht nur saniert ist, sondern der Staat über 2,5 Milliarden Franken auf der hohen Kante hat.

Es ist zu hoffen, dass es bei dieser Fairness-Initiative «Rentenanpassung» keine Neid- und Ausländer Bashing-Debatte gibt – Neid gegenüber «Reichen» und gegenüber Grenzgängern, da diese auch noch partizipieren, obwohl gerade sie diese finanziellen Töpfe der Sozialwerke in hohem Masse äufnen.

Landtag

«Familien stets im Fokus»

Die Familienpolitik war schon immer ein Kernthema der FBP. Gerade auch die letzten Monate hatten wir mit verschiedenen Aktionen die Familien im Blick. Bspw. setzten wir uns mehrfach für eine gute Lösung bei der Elternzeit ein oder machten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Aktuellen Stunde zum Thema. Dies sind familienpolitische Massnahmen, die zielführend sind und die wir weiterverfolgen. Allerdings mit der Giesskanne Geld an alle auszubehalten, wie es die VU mit einer Ausbildungszulage vor hat, ist u.E. nicht zielführend. Unterstützt werden sollen doch jene, die es wirklich benötigen – z. B. mit Stipendien. Einig mit der VU bin ich, dass wir die Ausrichtung der AHV stets im Fokus haben müssen. Allerdings die Regierung mit Fragen zu beschäftigen, die schon mehrfach beantwortet wurden, ist schon etwas fragwürdig. Das VU-Postulat zu «bezahlbarem Wohnraum» ist grundsätzlich zu begrüßen. Jedoch sind die Problemstellungen bekannt und wir als FBP setzen hier auf konkrete Lösungen, anstatt nur abklären zu lassen. Der FBP geht es vor allem um den Mittelstand und eine Arbeitsgruppe wird hier Konkretes vorschlagen.



Rainer Gopp
Parteipräsident

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Fortschrittliche Bürgerpartei

Redaktion:
Rainer Gopp

Adresse:
FBP, Altenbach 8, 9490 Vaduz
Tel.: +423 237 79 40

www.fbp.li
E-Mail: info@fbp.li

